



KfW Research

»»» KfW-Internationalisierungs- bericht 2022

Ukraine-Konflikt verschärft
globale Lieferengpässe – und
gefährdet Erholung des mittel-
ständischen Auslandsgeschäfts

Bank aus Verantwortung

KfW

Impressum

Herausgeber

KfW Bankengruppe
Abteilung Volkswirtschaft
Palmengartenstraße 5-9
60325 Frankfurt am Main
Telefon 069 7431-0, Telefax 069 7431-2944
www.kfw.de

Redaktion

KfW Bankengruppe
Abteilung Volkswirtschaft
research@kfw.de

Dr. Jennifer Abel-Koch
Telefon 069 7431-9592

Copyright Titelbild
Quelle: Thinkstock/iStock / Rrrainbow

Frankfurt am Main, Mai 2022

Ukraine-Konflikt verschärft globale Lieferengpässe – und gefährdet Erholung des mittelständischen Auslandsgeschäfts

Der Angriff Russlands auf die Ukraine führt zu neuen Störungen in globalen Lieferketten – die durch die Corona-Pandemie ohnehin schon unter hohem Druck stehen. Auch im Mittelstand bleiben die Belastungen durch Lieferengpässe hoch. Zwar ist der Anteil der von Materialknappheit betroffenen kleinen und mittleren Unternehmen von 48 % im vergangenen September auf nun 42 % gesunken. Dies ist jedoch allein auf den Dienstleistungssektor zurückzuführen. Im Verarbeitenden Gewerbe und im Bau sind weiterhin 78 % aller Unternehmen von Lieferengpässen betroffen, und im Handel ist der Anteil sogar um 5 Prozentpunkte auf 68 % gestiegen, wie die Ergebnisse einer aktuellen Sonderbefragung zum KfW-Mittelstandspanel zeigen.

Etwa drei von zehn der 3,8 Mio. Mittelständler in Deutschland beziehen Rohstoffe, Vorprodukte oder Dienstleistungen aus dem Ausland. Sie sind von den Störungen in den globalen Wertschöpfungsketten besonders betroffen. Noch mehr als aus anderen europäischen Ländern importierende Unternehmen trifft es dabei Mittelständler, die Vorleistungen aus dem Vereinigten Königreich, China oder Russland beziehen. Mit unter 3 % ist der Anteil der von russischen Vorleistungen abhängigen Unternehmen jedoch gering.

Die häufigste Folge von Materialknappheit im deutschen Mittelstand sind Preisanpassungen, zu denen sich immer stärker auch der Groß- und Einzelhandel gezwungen sieht. Insgesamt jedes vierte mittelständische Unternehmen hat zuletzt seine Preise erhöht. Neben den Energiepreisen bleiben Lieferengpässe damit ein wesentlicher Inflationstreiber. Die Beschäftigungswirkungen von Lieferengpässen sind dagegen weiter begrenzt und fokussieren sich auf den Bau und das Verarbeitende Gewerbe.

Corona-Pandemie und Lieferkettenstörungen haben sich in den vergangenen zwei Jahren auch im deutschen Außenhandel und damit in den mittelständischen Auslandsumsätzen niedergeschlagen. Diese sind im Jahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr um 63 Mrd. EUR oder rund 11 % eingebrochen. Der Rückgang fiel damit zwar etwas weniger drastisch aus als erwartet. Mit 533 Mrd. EUR erreichten die mittelständischen Auslandsumsätze im ersten Jahr der Corona-Pandemie dennoch das tiefste Niveau seit mehr als zehn Jahren. Im Jahr 2020 ist das

Verarbeitende Gewerbe als Treiber mittelständischer Exporte ausgefallen, besonders massiv aber waren die Einbrüche im Dienstleistungssektor. Die Anpassung ist dabei vor allem über die durchschnittlichen Auslandsumsätze der Auslandsaktiven erfolgt. Diese sind stark gesunken, während der Anteil der Auslandsaktiven an allen Mittelständlern mit rund 21 % insgesamt stabil geblieben ist.

Im Jahr 2021 dürfte sich auch im Mittelstand das Auslandsgeschäft wieder etwas erholt haben. Vorläufige Schätzungen lassen einen Anstieg um gut 6 % auf 566 Mrd. EUR erwarten. Das Vorkrisenniveau ist damit jedoch noch nicht wieder erreicht. Wie sich das Auslandsgeschäfts kleiner und mittlerer Unternehmen im laufenden Jahr 2022 entwickeln wird, ist nur schwer abzuschätzen. Es gibt eine hohe Unsicherheit darüber, wie lange die Störungen in den globalen Lieferketten noch anhalten werden. Auch der Krieg in der Ukraine und die Sanktionen gegen Russland bergen Risiken. Zwar exportieren kaum mehr als 2 % der Mittelständler nach Russland und noch weniger in die Ukraine. Ein starker Wirtschaftsabschwung in Europa würde die Auslandsnachfrage des deutschen Mittelstands jedoch merklich beeinflussen. Unwägbarkeiten bleiben auch mit Blick auf die Corona-Pandemie. Für die auslandsorientierten kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland dürfte somit auch das Jahr 2022 herausfordernd sein.

Der Krieg in der Ukraine setzt der Weltwirtschaft zu

Der Angriff Russlands auf die Ukraine und die in Reaktion darauf verhängten Sanktionen halten die Weltwirtschaft, die noch unter dem Eindruck der Corona-Krise steht, in Atem. Mit der Dauer und Intensität des Konflikts trüben sich die Wirtschaftsaussichten insbesondere in Europa ein. Wie sich der Krieg in der Ukraine auf die deutsche Konjunktur auswirken wird, ist momentan kaum abzusehen. Führende Wirtschaftsforschungsinstitute hatten ihre Prognosen für 2022 zuletzt deutlich nach unten revidiert.¹ Eine wesentliche Belastung stellen die Energiepreise dar, die immer neue Höchststände erreichen und die Inflation nach oben treiben. Aber auch neue Störungen in den globalen Lieferketten und drohende Angebotsengpässe bei wichtigen Rohstoffen dämpfen die Wachstumserwartungen.

Verschärfung globaler Lieferengpässe

Immer mehr Zulieferer in der Ukraine sind unmittelbar vom Kriegsgeschehen betroffen und können ihre Produktion nicht länger aufrechterhalten. Dadurch fehlen unter anderem in der deutschen Automobilindustrie wichtige Komponenten wie Kabelbäume oder Bordnetzsysteme. In Russland wiederum werden wichtige Rohstoffe wie Palladium, Titan, Nickel oder Platin gefördert. Die Sorge vor einer Verknappung dieser Rohstoffe infolge der Sanktionen hat die Preise auf den Weltmärkten bereits nach oben schnellen lassen. Mit Engpässen ist aber beispielsweise auch bei Weizen zu rechnen, denn Russland und die Ukraine zählen global zu den größten Weizenexporteuren.

Darüber hinaus fallen wichtige Transportwege aus. Durch die Sperrung des russischen Luftraums für europäische Flugzeuge verlängern sich die Flugzeiten nach Asien.² Auch der Bahnverkehr zwischen Europa und Asien ist beeinträchtigt.³ Nach dem Beschuss ausländischer Handelsschiffe durch die russische Marine und der Blockade wichtiger Häfen wie Odessa ist der Transport von Waren über das Schwarze Meer ins Stocken geraten.⁴ Zudem drohen Personalengpässe im internationalen Frachtverkehr. Viele Transportunternehmen in Osteuropa, die auch einen Teil des Warenverkehrs in Deutschland bewältigen, beschäftigen Fahrer aus der Ukraine, die nun fehlen.⁵ Durch verstärkte Zollkontrollen an den Grenzen, die notwendig sind, um die Einhaltung der Sanktionen gegen Russland sicherzustellen, kommt es zu weiteren Verzögerungen und steigenden Transportkosten.

Dabei stehen die globalen Lieferketten ohnehin schon unter Druck, nicht zuletzt aufgrund der strengen Corona-Politik Chinas. Das Land ist nicht nur wichtigster Handelspartner Deutschlands,⁶ sondern eine globale Exportmacht.⁷ Sieben der zehn größten Seehäfen der Welt liegen hier.⁸ Strenge Corona-Vorgaben bei der Be- und Entladung oder die Schließung ganzer Häfen in China haben zu erheblichen Verzögerungen im internationalen Seefrachtverkehr geführt. Ende April 2022 steckten nahezu 12 % aller weltweit verschifften Waren in Staus fest.⁹ Da rund 90 % aller grenzüberschreitend gehandelten Waren auf dem Seeweg transportiert werden,¹⁰ wirkt sich dies auf den gesamten Welthandel aus und lässt globale Lieferketten aus dem Takt geraten.

Zuletzt kam es infolge der ansteckenderen Omikron-Variante zu rapide steigenden Infektionszahlen, unter anderem in den für die Produktion und Verschiffung der Exporte wichtigen Wirtschaftszentren Shenzhen und Shanghai. Konnte China vorherige Ausbrüche mit gezielten Maßnahmen noch vergleichsweise schnell

eindämmen, ist das Risiko für die internationalen Wertschöpfungsketten nun deutlich höher.

Kapazitätsengpässe und Nachfrageverschiebungen infolge der Corona-Krise

Neben Problemen in der Logistik wirken sich auch die noch immer bestehenden Ungleichgewichte zwischen Angebot und Nachfrage infolge der Corona-Krise auf die Verfügbarkeit von Rohstoffen und Vorprodukten aus. Viele Unternehmen haben zu Beginn der Corona-Pandemie ihre Kapazitäten zurückgefahren und können diese nur langsam wieder ausweiten. Teilweise beeinträchtigen auch Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus sowie der Ausfall von Mitarbeitern infolge von Krankheit oder Quarantäne die Produktion. Gleichzeitig hat sich die Nachfrage von kontaktintensiven Dienstleistungen hin zu langlebigen Gebrauchsgütern verschoben.¹¹ Darüber hinaus haben Konjunkturprogramme im In- und Ausland sowie das anhaltende Niedrigzinsniveau zu verstärkten Investitionen in Infrastruktur- und Immobilienprojekte und damit insbesondere zu einer steigenden Nachfrage nach Baumaterialien geführt.¹²

Anhaltend hohe Belastung des deutschen Mittelstands

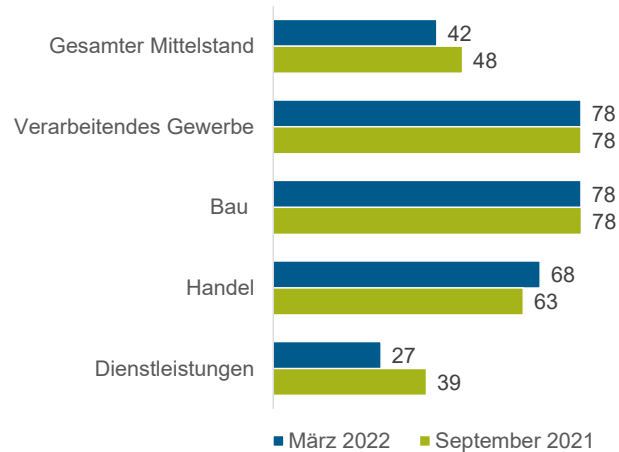
Die Folge von Logistikschwierigkeiten, Kapazitätsbeschränkungen und Nachfrageverschiebungen sind anhaltende globale Lieferengpässe bei einer Vielzahl von Rohstoffen und Vorprodukten, die sich durch den Krieg in der Ukraine teilweise noch verschärfen. Auch für den deutschen Mittelstand bleibt die Belastung durch fehlende Materialien weiterhin hoch, wie eine aktuelle Sonderbefragung im Rahmen des KfW-Mittelstandspansels zeigt.

So waren im März 2022 rund 42 % aller kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland von Lieferengpässen betroffen (Grafik 1). Berücksichtigt man nur diejenigen Mittelständler, die Rohstoffe oder Vorprodukte in nennenswertem Umfang beziehen, waren sogar rund sieben von zehn Mittelständler durch Lieferengpässe beeinträchtigt. Im Vergleich zum vergangenen Herbst deutet sich damit zwar eine leichte Entspannung an – im September 2021 litten noch rund 48 % der Mittelständler unter Materialknappheit. Allerdings ist diese Entwicklung allein auf eine Verbesserung der Situation im Dienstleistungssektor zurückzuführen, dem knapp zwei Drittel aller kleinen und mittleren Unternehmen zuzuordnen sind. Hier ist der Anteil der von Lieferengpässen betroffenen Mittelständler um 12 Prozentpunkte auf nun 27 % gesunken. Dass dieser Anteil im Dienstleistungssektor insgesamt deutlich geringer ist als in anderen Branchen, ist vor allem darauf zurückzuführen, dass viele Unternehmen hier nicht auf

Rohstoffe oder Vorprodukte angewiesen sind.

Grafik 1: Mittelstand weiter von Lieferengpässen betroffen

Anteil der Unternehmen, die von Lieferengpässen betroffen sind, in Prozent.



Anmerkung: Mit der Zahl der Unternehmen hochgerechnet.

Quelle: Sonderbefragungen zum KfW-Mittelstandspanel im September 2021 und März 2022.

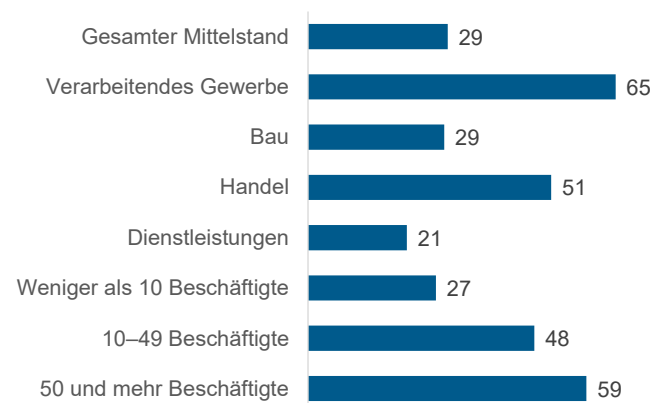
Dagegen ist der Anteil der von Lieferengpässen betroffenen Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe und im Bau mit 78 % unverändert hoch. Im Handel hat sich die Situation sogar noch verschärft. Hier ist der Anteil der mittelständischen Unternehmen, denen es an Ware fehlt, von 63 % im September 2021 auf 68 % im März 2022 gestiegen (Grafik 1). Die Produktionsstörungen und Lieferverzögerungen in der Industrie setzen sich zeitverzögert über die Wertschöpfungskette fort und erreichen immer stärker auch den Groß- und Einzelhandel.

Globale Lieferengpässe treffen importierende Mittelständler mit voller Wucht

Rund drei von zehn kleinen und mittleren Unternehmen beziehen Rohstoffe, Vorprodukte oder Dienstleistungen aus dem Ausland – mit deutlichen Unterschieden zwischen Unternehmen verschiedener Branchen und Größenklassen (Grafik 2). Am höchsten ist der Anteil der Unternehmen, die auf ausländische Vorleistungen angewiesen sind, im Verarbeitenden Gewerbe. Aber auch im Handel bezieht mehr als die Hälfte aller Unternehmen Waren aus dem Ausland – entweder direkt oder indirekt über importierende Lieferanten in Deutschland. Etwas seltener sind Auslandseinkäufe im Bau und im Dienstleistungssektor. Dabei steigt der Anteil der Unternehmen, die Vorleistungen aus dem Ausland beziehen, mit der Unternehmensgröße.

Grafik 2: Drei von zehn Mittelständlern hängen von Vorleistungen aus dem Ausland ab

Anteil der Unternehmen, die (auch) Rohstoffe, Vorprodukte oder Dienstleistungen aus dem Ausland beziehen, in Prozent.



Anmerkung: Mit der Zahl der Unternehmen hochgerechnet.

Quelle: Sonderbefragung zum KfW-Mittelstandspanel im März 2022.

Mittelständler, die ausländische Vorleistungen beziehen, treffen die Störungen in den globalen Lieferketten mit voller Wucht: Rund 79 % von ihnen sind gegenwärtig von Materialengpässen betroffen – im Vergleich zu rund 46 % der Unternehmen, die ihre Vorleistungen ausschließlich aus dem Inland beziehen (Grafik 3). Dass Unternehmen, die Vorleistungen aus dem Ausland beziehen, mit einer höheren Wahrscheinlichkeit von Lieferengpässen betroffen sind, bestätigt sich auch in multivariaten Analysen. Das Ergebnis ist somit nicht auf Brancheneffekte zurückzuführen, es zeigt sich vielmehr über alle Branchen hinweg.

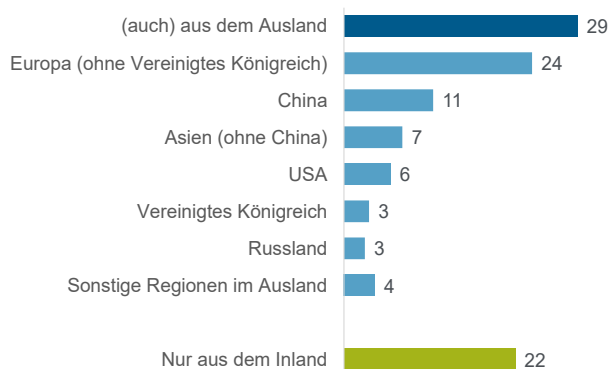
Verzögerungen im internationalen Frachtverkehr, Produktionsausfälle infolge der chinesischen Null-Covid-Politik, oder die Verwerfungen an den globalen Rohstoffmärkten durch den Ukraine-Konflikt – all dies bekommen die importierenden Mittelständler unmittelbar zu spüren. Dabei macht es einen Unterschied, aus welchen Regionen sie Rohstoffe und Vorprodukte beziehen.

Importe aus Russland, China und dem Vereinigten Königreich sind eine besondere Herausforderung

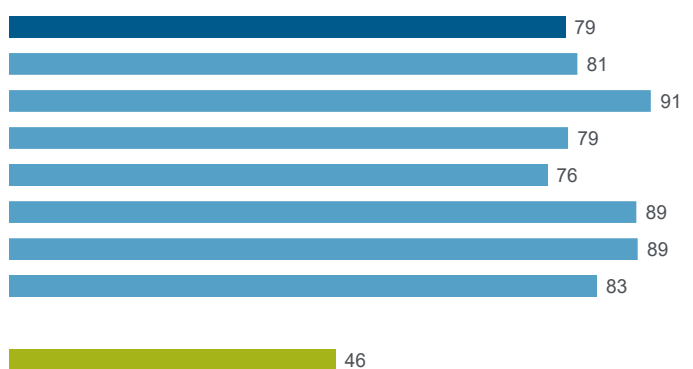
Am häufigsten importieren kleine und mittlere Unternehmen in Deutschland Rohstoffe, Vorprodukte oder Dienstleistungen aus anderen Ländern Europas (Grafik 3). Rund 24 % der 3,8 Mio. Mittelständler haben hier Lieferanten. Ein Anteil von 11 % bezieht Vorleistungen aus China, das damit für die Beschaffung eine weit größere Rolle spielt als für den Absatz des deutschen Mittelstands.¹³ Etwa 7 % kaufen in anderen Ländern Asiens ein. Ähnlich viele beschaffen einen Teil ihrer

Grafik 3: Herkunft der Vorleistungen für die Betroffenheit von Lieferengpässen ausschlaggebend

Anteil der Unternehmen (in Prozent), die Rohstoffe, Vorprodukte oder Dienstleistungen beziehen ...



... davon Anteil der Unternehmen (in Prozent), die von Lieferengpässen betroffen sind



Anmerkung: Mit der Zahl der Unternehmen hochgerechnet. Bei den Auslandsregionen sind Mehrfachnennungen möglich.

Quelle: Sonderbefragung zum KfW-Mittelstandspanel im März 2022.

Vorleistungen in den USA. Ein kleiner Anteil von 3,1 % der Mittelständler unterhält importseitig Handelsbeziehungen zum Vereinigten Königreich. Ein noch kleinerer Anteil von 2,6 % bezieht Rohstoffe oder Vorprodukte aus Russland.

Angesichts teils komplexer Wertschöpfungsketten dürfen diese Anteile die Abhängigkeiten des deutschen Mittelstands von Rohstoffen, Vorprodukten oder auch Dienstleistungen aus anderen Ländern nur näherungsweise abbilden. Sie machen aber deutlich, dass insbesondere Russland für den Bezug von Rohstoffen und Vorprodukten im deutschen Mittelstand nur eine untergeordnete Rolle spielt. Die direkten Auswirkungen der Sanktionen gegenüber Russland dürften somit nur wenige kleine und mittlere Unternehmen treffen.¹⁴

Für diese Unternehmen wird der Handel mit Russland jedoch wesentlich teurer, da die Finanzsanktionen sowohl die Bereitstellung von Liquidität als auch die Abwicklung von Transaktionen erschweren.¹⁵ Von Lieferengpässen sind diese Unternehmen somit noch einmal stärker betroffen als Unternehmen, die ihre Vorleistung aus anderen Ländern wie beispielsweise den USA oder europäischen Staaten beziehen. Darauf deuten auch die Ergebnisse der Sonderbefragung zum KfW-Mittelstandspanel hin (Grafik 3).

Eine überdurchschnittliche Betroffenheit von Lieferengpässen ist auch bei Mittelständlern festzustellen, die aus China oder dem Vereinigten Königreich importieren. Hier zeigen Chinas strenge Corona-Politik und der Brexit, der die Handelsbeziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich deutlich verkompliziert hat, einen unmittelbaren Effekt. Von dem Geschehen auf den Weltmärkten können sich aber auch die Mittel-

ständler nicht vollständig entkoppeln, die ihre Rohstoffe und Waren aus dem Inland beziehen – steigende Preise für Weizen treffen auch die Bäckerin um die Ecke, die ihre Zutaten beim nächsten Großhändler einkauft. Über die verschiedenen Stufen der Wertschöpfungskette erreichen Produktionsausfälle und Logistikschwierigkeiten in anderen Teilen der Welt letztlich auch europäische Unternehmen und den deutschen Mittelstand.

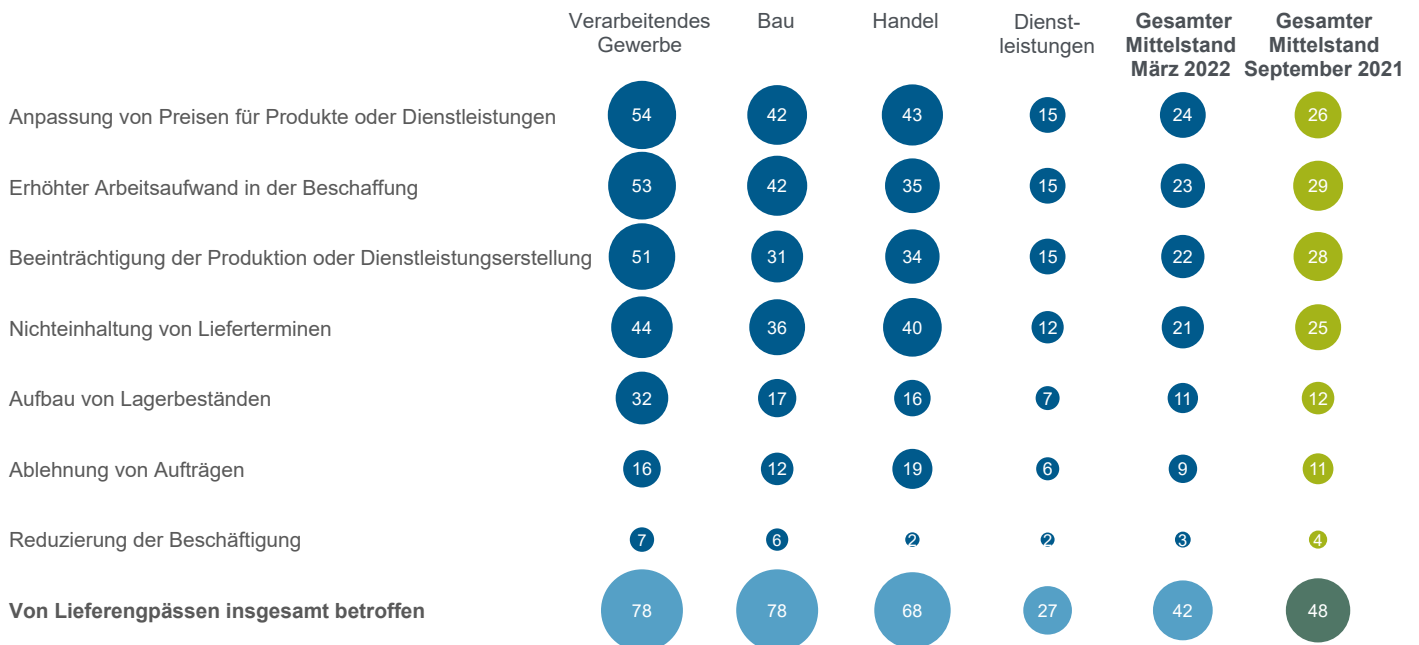
Ein Viertel aller kleinen und mittleren Unternehmen passt seine Preise an

Die häufigste Folge von Lieferengpässen im Mittelstand sind Preisanpassungen: Knapp jedes vierte mittelständische Unternehmen in Deutschland sieht sich gegenwärtig gezwungen, die Preissteigerungen bei Rohstoffen und Vorprodukten an seine Kunden weiterzugeben (Grafik 4). Besonders häufig ist dies im Verarbeitenden Gewerbe der Fall. Hier sind Preisanpassungen für jedes zweite Unternehmen unumgänglich. Aber auch im Bau haben zuletzt etwa 42 % der Unternehmen ihre Preise angehoben, um die gestiegenen Materialkosten zu kompensieren.

Die Preissteigerungen bei Vorleistungsgütern, auf die die Unternehmen reagieren müssen, sind dabei teils beträchtlich. So waren Roheisen und Stahl im März 2022 um 55 % und Aluminium um gut 57 % teurer als im Vorjahresmonat. Beim Nadelschnittholz gab es innerhalb eines Jahres einen Preisanstieg von rund 58 %. Auch Verpackungsmittel aus Holz, Papier und Pappe sind deutlich teurer geworden. Die Preise für Zeitungsdruckpapier beispielsweise sind zwischen

Grafik 4: Preisanpassungen häufigste Folge von Lieferengpässen

Anteil der Unternehmen, die in genannter Weise von Lieferengpässen betroffen sind, in Prozent.



Anmerkung: Mit der Zahl der Unternehmen hochgerechnet.

Quelle: Sonderbefragungen zum KfW-Mittelstandspanel im September 2021 und März 2022.

März 2021 und März 2022 um mehr als 95 % gestiegen. Insgesamt lagen die Preise für Vorleistungsgüter im März 2022 rund 23 % über den Preisen im März 2021 und 3,5 % über den Preisen im Februar 2022.¹⁶

Ebenso wie Lieferverzögerungen werden auch die Preissteigerungen entlang der Wertschöpfungskette weitergegeben. Im Handel sehen sich aktuell rund 43 % der kleinen und mittleren Unternehmen gezwungen, die Preise für ihre Produkte anzupassen – rund 10 Prozentpunkte mehr als noch im September 2021. Geringer ist der Anpassungsdruck im Dienstleistungssektor. Hier nehmen gegenwärtig nur rund 15 % der Unternehmen Preiserhöhungen vor.

Neben steigenden Energiepreisen – die durch den Ukraine-Konflikt und die Unsicherheit über zukünftige Gas- und Erdöllieferungen durch Russland nochmals Auftrieb erhalten haben – sind Lieferengpässe damit weiter ein bedeutender Treiber der Inflation. Für das Jahr 2022 gehen Prognosen von einer Inflationsrate von 6,1 % aus. Bei einer Verschärfung der Situation, insbesondere bei einem Ausfall von Gas- und Erdöllieferungen aus Russland, sind jedoch auch deutlich höhere Inflationsraten möglich.¹⁷ Der Umstand, dass Preiserhöhungen zeitverzögert an nachfolgende Wertschöpfungsstufen weitergegeben werden, lässt bei der Entwicklung der Verbraucherpreise vorerst keine Entspannung erwarten.

Die Beschaffung bleibt bei vielen Mittelständlern aufwändig – und die Produktion gestört

In den Preisen für Produkte oder Dienstleistungen niederschlagen könnte sich letztlich auch der zunehmende Arbeitsaufwand in der Beschaffung, der bei rund 23 % der Mittelständler anfällt (Grafik 4). Vor allem im Verarbeitenden Gewerbe erschweren Lieferengpässe den Einkauf, bei mehr als jedem zweiten Unternehmen. Aber auch im Bau und im Handel müssen viele Unternehmen weiter einen erhöhten Aufwand betreiben, um an die benötigten Materialien und Waren zu kommen.

Können diese nicht in ausreichender Menge beschafft werden, kommt es zu Störungen in der Produktion – wie aktuell in jedem zweiten kleinen und mittleren Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes und jedem dritten Mittelständler im Bau oder im Handel. Während Produktionsstörungen im Verarbeitenden Gewerbe seit September 2021 etwas (-4 Prozentpunkte) und im Bau deutlich (-18 Prozentpunkte) abgenommen haben, ist der Anteil der Groß- und Einzelhändler, die in der Erstellung ihrer Dienstleistung beeinträchtigt sind, weiter angestiegen (+8 Prozentpunkte).

Wachsende Zahl von Händlern kann Liefertermine nicht einhalten

Dass die Lieferengpässe zunehmend nachgelagerte Stufen der Wertschöpfungskette erreichen, lässt sich

auch an den Lieferverzögerungen im Handel erkennen. Aktuell können etwa 40 % der mittelständischen Groß- und Einzelhändler ihre Liefertermine nicht einhalten – das sind rund 4 Prozentpunkte mehr als noch im September 2021. Besonders ausgeprägt sind die Versorgungsengpässe bei Fahrrädern, Spielwaren, Automobilen oder Möbeln, aber auch bei elektrischen Haushaltsgeräten oder Computern, wie eine im Februar 2022 durchgeführte ifo-Konjunkturumfrage zeigt.¹⁸

Einen hohen Anteil von Unternehmen, die ihre Liefertermine nicht einhalten können, gibt es aktuell auch im Verarbeitenden Gewerbe (44 %) und im Bau (36 %). Anders als im Handel ist dieser jedoch im Verarbeitenden Gewerbe (-6 Prozentpunkte) und im Bau (-17 Prozentpunkte) im Vergleich zum Herbst deutlich zurückgegangen.¹⁹ Dies dürfte zum Teil aber auch daran liegen, dass immer mehr Unternehmen die Lieferengpässe bei Rohstoffen und Vorleistungen berücksichtigen und bei neuen Aufträgen entsprechend längere Lieferzeiten mit ihren Kunden vereinbaren – sofern sie neue Aufträge nicht gänzlich ablehnen.

Kundenaufträge infolge von Lieferengpässen ablehnen müssen gegenwärtig rund 11 % aller Mittelständler. Im Handel liegt dieser Anteil sogar bei 19 % – und damit nicht nur höher als im vergangenen September (+3 Prozentpunkte), sondern auch höher als in allen anderen Branchen.

Beschäftigungswirkungen bleiben begrenzt

Die Beschäftigungswirkungen von Lieferengpässen bleiben im deutschen Mittelstand weiter begrenzt und konzentrieren sich auf das Verarbeitende Gewerbe und den Bau. Hier haben zuletzt bis zu 7 % der Unternehmen ihre Beschäftigung infolge einer durch Materialmangel eingeschränkten Produktion reduzieren müssen. Im gesamten Mittelstand waren nur rund 3 % aller Unternehmen gezwungen, ihre Beschäftigung durch Urlaub, Überstundenabbau, Kurzarbeit oder Entlassung herunterzufahren. Zum einen dürften gut gefüllte Auftragsbücher hier als Gegengewicht wirken – im Januar 2022 lag der Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe um 20,9 % über dem Niveau des Vorjahresmonats.²⁰ Diese Aufträge müssen nun nach und nach abgearbeitet werden. Zum anderen berichten Unternehmen im Dienstleistungsbereich wie auch in der Industrie von deutlichen Arbeitskräfteengpässen.²¹ Im Mittelstand sehen rund vier von zehn Unternehmen im zunehmenden Fachkräftemangel ein bedeutsames Risiko für ihre Geschäftsentwicklung in den kommenden zwölf Monaten. Für heute entlassene Fachkräfte in der Zukunft einen qualifizierten Ersatz zu finden, dürfte viele Unternehmen vor Schwierigkeiten stellen. Gleichzeitig bietet das Instrument der Kurzarbeit – das bis

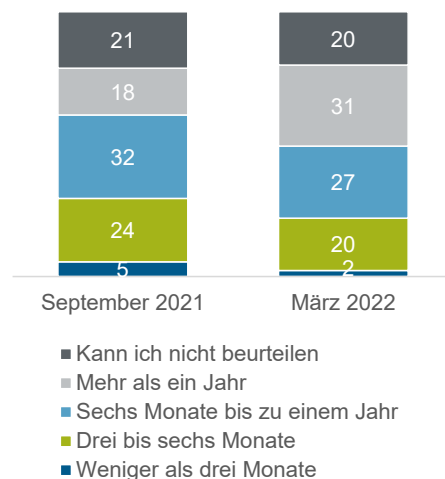
Ende Juni 2022 noch unter erleichterten Voraussetzungen genutzt werden kann – den Unternehmen eine Möglichkeit, ihre Beschäftigung temporär zu reduzieren. Ein Abbau von Arbeitsplätzen in der Breite des Mittelstands infolge anhaltender Materialengpässe ist vor diesem Hintergrund kaum zu befürchten.

Die Aussichten auf eine rasche Auflösung haben sich weiter eingetrübt

Wie lange die Lieferengpässe noch andauern werden, lässt sich angesichts der hohen Unsicherheit über die weitere Entwicklung des Ukraine-Konflikts und der Corona-Pandemie nur schwer prognostizieren. Auch viele Mittelständler – insgesamt 20 % der betroffenen Unternehmen – können keine Einschätzung dazu abgeben, wie lange die Lieferkettenstörungen noch andauern werden. (Grafik 5). Weit mehr als die Hälfte der betroffenen Unternehmen rechnet damit, dass die Materialengpässe noch mehr als sechs Monate anhalten werden, rund 31 % gehen sogar von über einem Jahr aus – 12 Prozentpunkte mehr als noch im September 2021. Nur rund 22 % halten eine deutliche Entspannung der Lieferengpässe innerhalb weniger Monate für realistisch. Die Aussichten auf eine rasche Auflösung der Lieferengpässe haben sich damit weiter eingetrübt.

Grafik 5: Kaum ein Mittelständler geht von schneller Auflösung aus

Geschätzte Dauer bis zur Auflösung der Lieferengpässe gerechnet vom Zeitpunkt der Befragung, jeweils Anteil der betroffenen Unternehmen in Prozent.



Anmerkungen: Mit der Zahl der Unternehmen hochgerechnete Werte.

Quelle: Sonderbefragungen zum KfW-Mittelstandspanel im September 2021 und März 2022.

Der Sachverständigenrat geht davon aus, dass es mindestens bis zum Frühsommer 2022 zu Produktionseinschränkungen infolge von Lieferengpässen kommen wird, unterstreicht aber ebenfalls, dass die weitere Entwicklung schwer abzuschätzen ist.²² Insbesondere in

der Automobilindustrie sind die Lagerbestände weitgehend erschöpft, und bei komplexen Komponenten – wie den bislang in der Ukraine gefertigten Kabelbäumen – sind die ausgefallenen Zulieferer kurzfristig kaum zu substituieren.²³

Corona-Krise und Lieferengpässe schlagen sich auch im deutschen Exportwachstum nieder ...

Die Corona-Krise und die anhaltenden Lieferengpässe haben in den vergangenen zwei Jahren auch im deutschen Außenhandel deutliche Spuren hinterlassen. Nach einem starken Einbruch der Exporte zu Beginn der Corona-Pandemie – im März 2020 fielen die Warenausfuhren um 11,8 % und im April um weitere 23,7 % im Vergleich zum Vormonat – setzte eine zunächst kräftige, dann etwas langsamere Erholung ein (Grafik 6).

Insgesamt konnten die Warenexporte im Jahr 2020 das Vorjahresniveau jedoch nicht erreichen. Mit rund 1.207 Mrd. EUR fielen sie 9,1 % geringer aus als im Jahr 2019. Auch die Warenimporte lagen mit 1.027 Mrd. EUR rund 7 % unter dem Vorjahreswert. Noch deutlicher zeigten sich die Effekte der Corona-Krise und der damit einhergehenden Reise- und Kontaktbeschränkungen im Dienstleistungshandel. So gingen die Dienstleistungsexporte im Jahr 2020 um rund 12,4 %, die Dienstleistungsimporte sogar um 17,9 % gegenüber dem Vorjahr zurück.²⁴

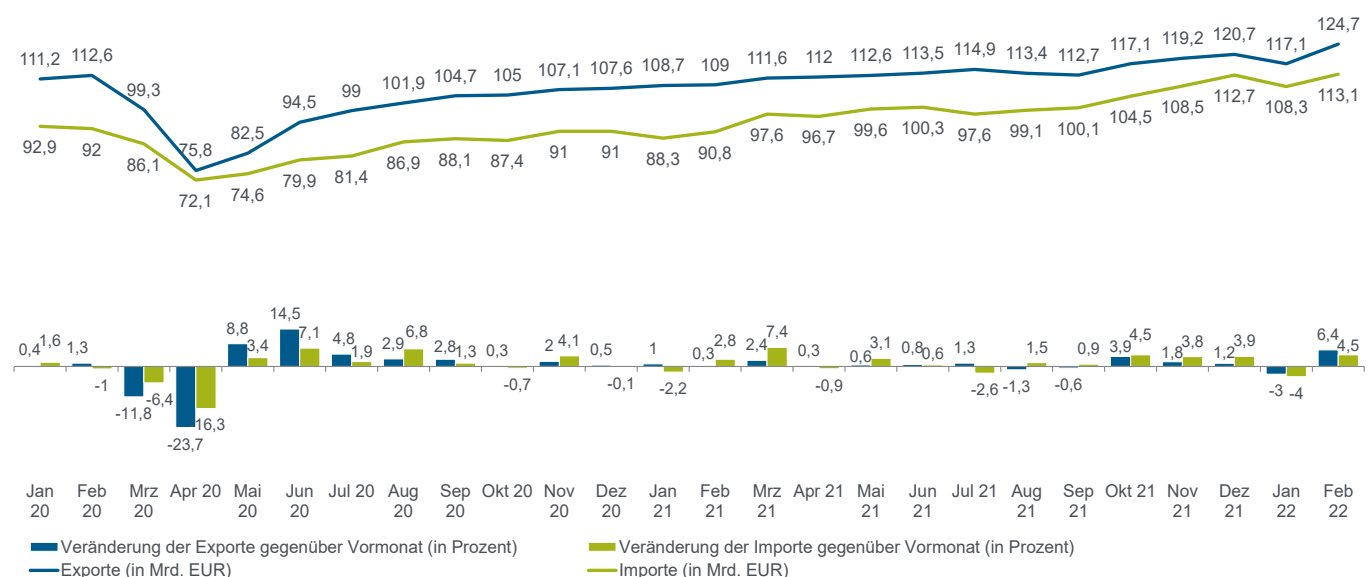
Anfang des Jahres 2021 setzte sich die Erholung des deutschen Außenhandels weiter fort. Im Juni 2021 wurde das Vorkrisenniveau der Warenexporte vom Februar 2020 erstmals wieder übertroffen. In der zweiten Jahreshälfte 2021 war die Entwicklung des

deutschen Außenhandels jedoch zunehmend von der sich zuspitzenden globalen Lieferproblematik geprägt. In der vom Mangel an Mikrochips stark betroffenen Automobilindustrie beispielsweise brachen die Ausfuhren von Personenkraftwagen deutlich ein.²⁵ Dies schlug sich auch in den gesamten deutschen Warenexporten nieder, die im August und auch im September 2021 im Vergleich zum jeweiligen Vormonat leicht zurückgingen (Grafik 6).

Ab Oktober 2021 sind die Warenausfuhren nominal zwar wieder gestiegen. Dieser Anstieg ist jedoch weniger auf ein wachsendes Volumen gehandelter Waren als auf steigende Exportpreise infolge der anhaltenden Materialengpässe zurückzuführen. So lagen die Ausfuhrpreise im Oktober um 9,5 %, im November um 9,9 % und im Dezember 2021 sogar um 10,9 % über den Ausfuhrpreisen des jeweiligen Vorjahresmonats.²⁶ Noch deutlicher zeigt sich der Preisanstieg auf der Importseite, wesentlich getrieben durch die Preise für Energie, aber auch für Vorleistungsgüter.²⁷

Im gesamten Jahr 2021 lag der Wert der deutschen Warenexporte bei 1.376 Mrd. EUR – rund 14 % über dem Wert von 2020 und 3,6 % über dem Vorkrisenniveau von 2019. Die Warenimporte waren 2021 17,1 % höher als im Vorjahr und 8,9 % höher als 2019, dem Jahr vor dem Ausbruch des Coronavirus.²⁸ Auch der Dienstleistungshandel ist wieder gewachsen. Die Dienstleistungsexporte lagen mit 328 Mrd. EUR 17,5 % über dem Wert von 2020 und damit leicht über dem Vorkrisenniveau von 2019. Die Dienstleistungsimporte überstiegen mit 327 Mrd. EUR den Vorjahreswert um 18,5 % und lagen damit nur noch leicht unter dem Wert von 2019.²⁹

Grafik 6: Entwicklung des deutschen Warenhandels



Anmerkung: Warenhandel, kalender- und saisonbereinigte Werte.

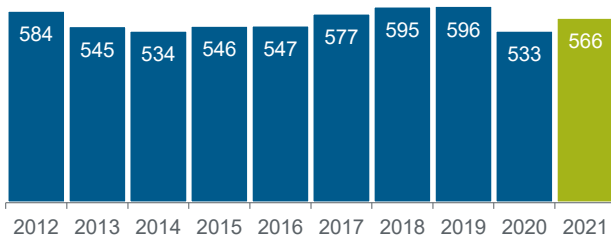
Quelle: Deutsches Statistisches Bundesamt.

... und bremsen das Auslandsgeschäft des Mittelstands aus

Die Entwicklung der deutschen Waren- und Dienstleistungsexporte seit Beginn der Corona-Krise spiegelt sich auch in den Auslandsumsätzen des deutschen Mittelstands wider. Diese sind im Jahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr um 63 Mrd. EUR oder 10,5 % eingebrochen. Der Rückgang fiel damit zwar etwas weniger drastisch aus als die kleinen und mittleren Unternehmen im September 2020 noch erwartet hatten.³⁰ Mit 533 Mrd. EUR erreichten die mittelständischen Auslandsumsätze im ersten Jahr der Corona-Pandemie dennoch das tiefste Niveau seit mehr als zehn Jahren (Grafik 7).

Grafik 7: Mittelständische Auslandsumsätze im Jahr 2020 stark zurückgegangen

Gesamte Auslandsumsätze des Mittelstands in Mrd. EUR.



Anmerkung: Mit der Anzahl der Beschäftigten hochgerechnete Werte. Wert für 2021 prognostiziert.

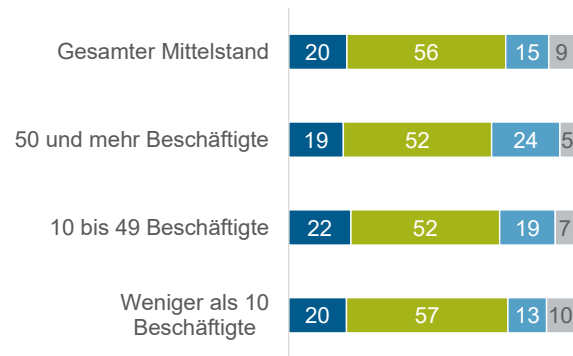
Quelle: KfW-Mittelstandspanel 2012–2021, Sonderbefragung zum KfW-Mittelstandspanel im März 2022.

Im Jahr 2021 dürfte es auch im Mittelstand zu einer Erholung des Auslandsgeschäfts gekommen sein. Dies legen Schätzungen auf Basis der im März 2022 durchgeführten Sonderbefragung zum KfW-Mittelstandspanel nahe. Danach dürften die mittelständischen Auslandsumsätze im Jahr 2021 um gut 6 % auf 566 Mrd. EUR angewachsen sein.

Dass die mittelständischen Auslandsumsätze im Jahr 2021 weniger stark gestiegen sind als die gesamten deutschen Warenexporte (+14 %), ist vor allem auf die kleineren Mittelständler zurückzuführen. Von den auslandsaktiven Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten verzeichneten im Jahr 2021 rund 20 % sinkende, aber nur 13 % steigende Auslandsumsätze im Vergleich zum Vorjahr. Zuwächse gab es überwiegend bei den größeren Mittelständlern mit 50 und mehr Beschäftigten (Grafik 8). Vielfach sind dies Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe. Sie machen weniger als 5 % aller mittelständischen Auslandsaktiven aus, generieren aber nahezu zwei Drittel des gesamten Volumens mittelständischer Auslandsumsätze.

Grafik 8: Entwicklung der Auslandsumsätze im Jahr 2021 im Vergleich zum Vorjahr

Anteil der Auslandsaktiven in Prozent.



- Auslandsumsatz ist zurückgegangen
- Auslandsumsatz ist etwa gleich geblieben
- Auslandsumsatz ist gestiegen
- Kann ich derzeit noch nicht sagen

Anmerkung: Mit der Zahl der Unternehmen hochgerechnet.

Quelle: Sonderbefragung zum KfW-Mittelstandspanel im März 2022.

Vor allem außereuropäische Umsätze sind mit Beginn der Corona-Pandemie eingebrochen

Eine differenziertere Analyse der Auswirkungen der Corona-Krise auf die Auslandsaktivitäten des deutschen Mittelstands lässt sich für das Jahr 2020 auf Basis der Hauptbefragung des KfW-Mittelstandspanels vornehmen. Die im Vergleich zur Sonderbefragung umfangreichere Stichprobe der Hauptbefragung ermöglicht eine Auswertung auch für einzelne Segmente des Mittelstands und einen Einblick in die regionale Verteilung der Auslandsumsätze.

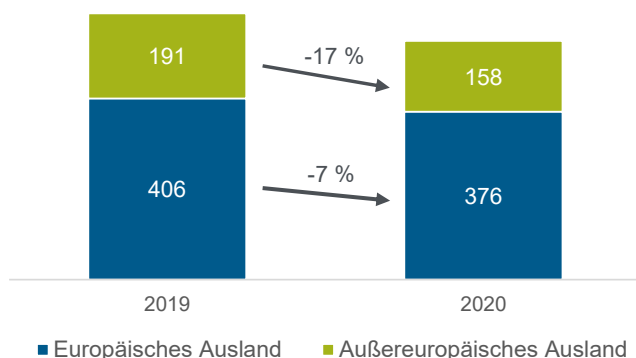
Es zeigt sich, dass das Europageschäft des Mittelstands vergleichsweise glimpflich durch die Corona-Krise gekommen ist. Zwar gingen die im europäischen Ausland erzielten Umsätze im Jahr 2020 um 7 % auf 376 Mrd. EUR zurück, und damit etwas stärker als die Inlandsumsätze des deutschen Mittelstands, die insgesamt um rund 5,3 % schrumpften. Die Umsatzeinbrüche im außereuropäischen Ausland fielen jedoch deutlich höher aus, sie beliefen sich auf 33 Mrd. EUR oder rund 17 % (Grafik 9). Dies hat dazu geführt, dass der Anteil Europas an den gesamten Auslandsumsätzen des Mittelstands erstmals auf über 70 % geklettert ist.

Bricht die Nachfrage auf einem ausländischen Absatzmarkt ein, lohnt es sich unter Umständen nicht mehr, diesen Markt noch zu bedienen. Dies gilt vor allem dann, wenn dieser Markt aufgrund seiner geografischen Entfernung oder rechtlicher und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen ohnehin schwieriger zu bearbeiten ist. Transportkosten und Zölle beispielsweise fallen im außereuropäischen Geschäft deutlich stärker ins Gewicht³¹ und erfordern entsprechende Exportum-

sätze. Bei vielen mittelständischen Exporteuren dürften sich die außereuropäischen Umsätze zudem auf einige wenige Abnehmer konzentrieren. Fallen diese aus, bricht der gesamte Umsatz in diesem Markt weg.

Grafik 9: Außereuropäisches Auslandsgeschäft geht besonders stark zurück

Auslandsumsätze des Mittelstands im europäischen und außereuropäischen Ausland in Mrd. EUR.



Anmerkung: Mit der Anzahl der Beschäftigten hochgerechnete Werte.

Quelle: KfW-Mittelstandspanel 2020–2021.

Verarbeitendes Gewerbe fiel als Treiber mittelständischer Auslandsumsätze aus

Der größte Teil mittelständischer Auslandsumsätze, bis zu 50 %, werden traditionell im Verarbeitenden Gewerbe erzielt. Im Corona-Jahr 2020 fiel das Verarbeitende Gewerbe als Exporttreiber jedoch aus. Die Auslandsumsätze kleiner und mittlerer Unternehmen gingen hier von rund 261 Mrd. EUR auf etwa 229 Mrd. EUR zurück. Auch im Verhältnis zu den Gesamtumsätzen der Auslandsaktiven sanken die Auslandsumsätze im mittelständischen Verarbeitenden Gewerbe, von 37 % im Jahr 2019 auf 35 % im Jahr 2020 (Grafik 10).

Einen wesentlichen Einfluss hierauf dürfte die mittelständische Zulieferindustrie im Automobilbereich haben. Hier fiel auch der Rückgang der gesamten deutschen Warenexporte überaus deutlich aus – die Ausfuhren von Kraftwagen und Kraftwagenteilen gingen im Jahr 2020 um mehr als 16 % zurück.³² Einen nennenswerten Exportzuwachs im Verarbeitenden Gewerbe konnte 2020 allein die Pharmaindustrie verzeichnen, die jedoch nur für 7 % der deutschen Warenexporte verantwortlich ist.

Massiver Einbruch im Dienstleistungssektor

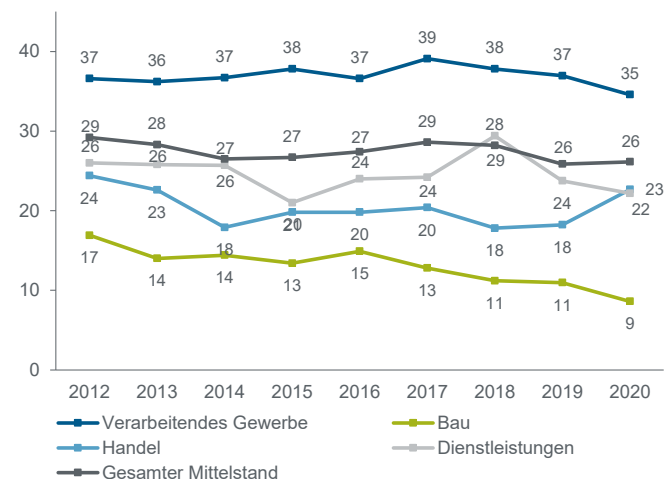
Noch drastischer als im Verarbeitenden Gewerbe sind die Auslandsumsätze der kleinen und mittleren Unternehmen im Dienstleistungssektor eingebrochen. Sie gingen von 191 Mrd. EUR im Vorkrisenjahr 2019 um mehr als 21 % auf 152 Mrd. EUR im Jahr 2020 zurück. Auch relativ zu ihren Gesamtumsätzen sind die

Auslandsumsätze der grenzüberschreitend tätigen Dienstleister leicht geschrumpft, um rund 2 Prozentpunkte.

Ausschlaggebend für diese Entwicklung dürften insbesondere Unternehmen aus der Tourismusbranche gewesen sein, die von den Reise- und Kontaktbeschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie in besonderem Maße betroffen waren. So ist der Export von Reiseverkehrsdienstleistungen in Deutschland im Jahr 2020 um 48 % eingebrochen. Einen starken Rückgang von mehr als 23 % gab es allerdings auch bei den Transportdienstleistungen. Dies dürfte auch viele kleinere Verkehrs- und Logistikunternehmen getroffen haben.

Grafik 10: Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz

Anteil des Auslands- am Gesamtumsatz in Prozent.



Anmerkung: Nur auslandsaktive Unternehmen. Mit der Anzahl der Beschäftigten hochgerechnete Werte.

Quelle: KfW-Mittelstandspanel 2012–2020.

Zuwächse im Groß- und Einzelhandel

Überraschend positiv haben sich die Auslandsumsätze im Handel in der Corona-Krise entwickelt. Im Gegensatz zu Unternehmen anderer Branchen konnten Mittelständler im Groß- und Einzelhandel im Jahr 2020 ihre Auslandsumsätze um 12 Mrd. EUR auf 152 Mrd. EUR steigern. Auch im Verhältnis zu den Gesamtumsätzen sind die Auslandsumsätze im Handel gestiegen, auf rund 22 %. Darin spiegelt sich zum einen die Verlagerung des Konsums von kontaktintensiven Dienstleistungen zu langlebigen Gebrauchsgütern wider, von der einige Händler – beispielsweise von Einrichtungsgegenständen, IT-Ausrüstung oder Fahrrädern – profitiert haben.

Zum anderen dürfte der Auf- und Ausbau digitaler Vertriebskanäle eine wesentliche Rolle für diese

Entwicklung spielen. Im Corona-Jahr 2020 sind die E-Commerce-Umsätze des deutschen Mittelstands um mehr als 24 % gegenüber dem Vorjahr gewachsen.³³ Eine stärkere Präsenz im Netz befördert auch das Auslandsgeschäft. Neben Händlern, die ihre Produkte oder Dienstleistungen über digitale Vertriebswege aktiv im Ausland vertreiben, gibt es viele Händler, die keine explizite Internationalisierungsstrategie verfolgen, Aufträge aus dem Ausland über ihren deutschen Online-Shop oder Marktplatzauftritt aber dennoch entgegennehmen. Relevant sind hier vor allem Kunden aus europäischen Nachbarländern wie Österreich, der Schweiz, den Niederlanden und Frankreich.³⁴ Schon vor Beginn der Pandemie wurde ein wachsender Anteil des internationalen E-Commerce am weltweit erzielten Onlineumsatz prognostiziert.³⁵

Abwärtstrend der Auslandsumsätze im Baugewerbe setzt sich fort

Die Auslandsumsätze im Baugewerbe sind ohnehin gering und in den letzten Jahren weiter gesunken. Im Jahr 2020 wurden nur rund 3 Mrd. EUR Auslandsumsätze erzielt, das entspricht etwa 9 % der Gesamtumsätze aller Auslandsaktiven (Grafik 10). Nur rund 3 % aller mittelständischen Bau- und Handwerksbetriebe sind überhaupt grenzüberschreitend tätig. Zu den rückläufigen Auslandsaktivitäten im Baugewerbe dürfte nicht zuletzt der anhaltende Bauboom im Inland beigetragen haben.

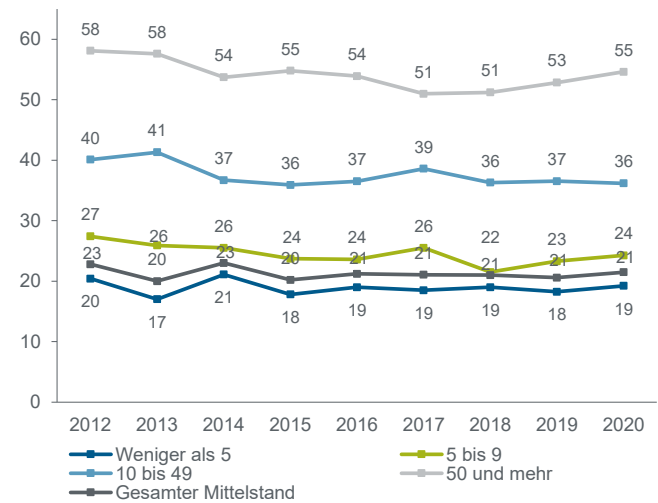
In der Gesamtsicht ist der Auslandsanteil an den Gesamtumsätzen des deutschen Mittelstands leicht von 13,4 % im Jahr 2019 auf 12,6 % im Jahr 2020 zurückgegangen. Berücksichtigt man nur die auslandsaktiven Unternehmen, lag der Auslandsanteil an den Gesamtumsätzen im Jahr 2020 mit rund 26 % auf einem ähnlichen Niveau wie vor der Pandemie (Grafik 10). Die Corona-Krise hat die Auslandsaktiven damit im Inland genauso hart getroffen wie auf ihren Auslandsmärkten.

Anteil der Auslandsaktiven bleibt stabil ...

Im Jahr 2020 haben rund 816.000 Mittelständler Umsätze im Ausland erzielt, das entspricht rund 21 % der 3,8 Mio. kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland (Grafik 11). Der Anteil der Auslandsaktiven ist damit insgesamt stabil geblieben. Auch in einzelnen Größenklassen hat sich der Anteil der Auslandsaktiven nur leicht verändert, um nicht mehr als 2 Prozentpunkte.

Grafik 11: Anteil Auslandsaktiver nach Größenklassen

Anteil der Auslandsaktiven in Prozent.



Anmerkung: Größenklassen nach Vollzeitäquivalent-Beschäftigten. Mit der Anzahl der Unternehmen hochgerechnete Werte.

Quelle: KfW-Mittelstandspanel 2012–2020.

Dass es hier im Jahr 2020 insgesamt wenig Bewegung gegeben hat, könnte auf eine zweigeteilte Entwicklung zurückzuführen sein. Während sich einige Auslandsaktive in der Corona-Krise aus dem Exportgeschäft zurückgezogen und stärker auf das Inland fokussiert haben, dürften andere Unternehmen versucht haben, neue Märkte im Ausland zu erschließen, um ihre Nachfrageverluste im Inland zumindest teilweise zu kompensieren. Vor allem für größere Mittelständler, die über die notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen verfügen, könnte das Motiv einer besseren Risikostreuung durch eine stärkere regionale Diversifizierung eine Rolle gespielt haben. Mit Blick auf die kommenden Jahre hatten zuletzt vier von zehn Auslandsaktiven angegeben, sich stärker auf Kunden im Inland fokussieren zu wollen. Mehr als zwei von zehn Auslandsaktiven wollten dagegen ihre Absatzmärkte stärker diversifizieren und neue Exportmärkte erschließen.³⁶

Zu berücksichtigen ist allerdings auch, dass die Corona-Pandemie erst ab März 2020 zu Lockdowns und Nachfrageausfällen in einer Vielzahl von Ländern geführt hat. Die Unternehmen, die sich infolge dieser Entwicklungen dauerhaft aus dem Auslandsgeschäft zurückgezogen haben, dürften zumindest im Januar und Februar noch Auslandsumsätze erzielt haben. Damit zählen sie im Jahr 2020 noch zu den Auslandsaktiven – und fallen erst in den Folgejahren aus dieser Statistik heraus.

... aber durchschnittlicher Auslandsumsatz geht stark zurück

Bei einem kaum veränderten Anteil Auslandsaktiver hat der Rückgang der Auslandsumsätze vor allem am intensiven Rand stattgefunden – der durchschnittliche Auslandsumsatz pro Auslandsaktivem ist deutlich zurückgegangen. Im Jahr 2020 haben grenzüberschreitend tätige Unternehmen im Mittel rund 650.000 EUR Auslandsumsätze erzielt – über 100.000 EUR weniger als im Vorkrisenjahr 2019.

Soweit bestehende Vertriebsstrukturen im Ausland erhalten bleiben und die bisherigen Abnehmer im Ausland weitestgehend unbeschadet aus der Corona-Krise kommen, dürften die mittelständischen Auslandsumsätze bei einer fortgesetzten konjunkturellen Erholung in den wichtigsten Handelspartnerländern rasch wieder zunehmen. Die vorläufigen Zahlen für das Jahr 2021 würden hier Anlass zu vorsichtigem Optimismus geben. Der anhaltende Ukraine-Konflikt könnte dem Mittelstand hier jedoch einen Strich durch die Rechnung machen.

Der Krieg in der Ukraine gefährdet die Erholung des mittelständischen Auslandsgeschäfts

Für den deutschen Außenhandel sind Russland und die Ukraine eher von geringer Bedeutung. Im Jahr 2021 entfielen nur rund 1,9 % der deutschen Warenexporte auf Russland und weniger als 0,4 % auf die Ukraine. Und auch für den deutschen Mittelstand spielt Russland als Absatzmarkt nur eine sehr kleine Rolle. Im Jahr 2015 waren rund 11 % aller Auslandsaktiven in Russland tätig, das sind kaum mehr als 2 % aller kleinen und mittleren Unternehmen. In den vergangenen Jahren dürfte dieser Anteil angesichts der angespannten Lage in der Ostukraine eher noch zurückgegangen sein. Die meisten Mittelständler mit Russlandgeschäft sind zudem relativ gut diversifiziert – mehr als 80 % von ihnen erzielen Auslandsumsätze in mindestens zwei weiteren Regionen – und können Einbußen im Russlandgeschäft dadurch leichter kompensieren. Nicht nur Russland, auch die Ukraine dürfte nur für wenige kleine und mittlere Unternehmen ein relevanter Auslandsmarkt sein.

Es wird jedoch erwartet, dass der Krieg in der Ukraine und die damit verbundenen Sanktionen gegen Russland die konjunkturelle Entwicklung in Europa deutlich belasten werden. Dies dürfte die Auslandsnachfrage des deutschen Mittelstands, der mehr als zwei Drittel seiner Auslandsumsätze in Europa erzielt, spürbar beeinflussen. Entsprechend negativ waren die Exporterwartungen kleiner und mittlerer Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe im März 2022. Im Vergleich zum Februar 2022 sind diese deutlich um 17,5 Zähler auf

einen Saldo von -13,2 gefallen, wie aktuelle Zahlen des KfW-ifo-Mittelstandsbarometers zeigen.³⁷

In der aktuellen Exportstatistik spiegelt sich dies noch nicht wider. Frühindikatoren weisen jedoch auf einen Rückgang der deutschen Exporte im März 2022 um 3,7 % im Vergleich zum Februar 2022 hin.³⁸ Insgesamt lässt sich die zukünftige Wirtschaftsentwicklung gegenwärtig nur schwer abschätzen. Die Dauer und Intensität des Ukraine-Konflikts, die Entwicklung der Energiepreise mit dem Risiko ausfallender Gas- und Erdöllieferungen aus Russland, die Unwägbarkeiten der Coronapandemie und die Gefahr neuer Mutationen des Coronavirus – all dies führt auch im deutschen Mittelstand zu einer hohen Unsicherheit.

Klar ist aber, dass die Auswirkungen des russischen Angriffs auf die Ukraine für den russischen Außenhandel ungleich größer sein werden als für die westlichen Staaten. Bereits jetzt lassen Schätzungen auf Basis von Containerbewegungen im maritimen Handel deutliche Effekte erkennen. Danach sind die russischen Exporte im März 2022 im Vergleich zum Vormonat um 5,0 % und die Importe um 9,7 % zurückgegangen.³⁹ Auch langfristig wird Russland von einer Entkopplung der Handelsbeziehungen zu westlichen Ländern deutlich stärker getroffen als die europäischen Länder oder die USA.⁴⁰ Inwiefern die massiven wirtschaftlichen Schäden durch die Sanktionen und die freiwillige Zurückhaltung von Unternehmen das politische Kalkül Putins beeinflussen und eine schnelle Beendigung des Kriegs herbeiführen, lässt sich nur schwer beurteilen.

Unternehmen wie Politik müssen sich auf das veränderte außenwirtschaftliche Umfeld einstellen

Die Einbindung in globale Wertschöpfungsketten bietet auch weiterhin Kostenvorteile, auf die Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, kaum verzichten können. Nach den Erfahrungen in der Coronapandemie und mit Blick auf den Ukraine-Krieg dürfte jedoch neben der Effizienz zukünftig auch der Resilienz von Lieferketten ein höherer Stellenwert zukommen. Bei den Energieimporten zeigt sich aktuell auf drastische Weise, dass eine zu starke Abhängigkeit von einem einzelnen Zulieferer – in diesem Fall Russland – die Krisenanfälligkeit erhöht und den Handlungsspielraum einschränkt. Für die Unternehmen ergibt sich daraus einmal mehr die Notwendigkeit, ihre Wertschöpfungsketten zu überprüfen und möglicherweise anzupassen. Dabei müssen die Kosten und der Nutzen einer stärkeren Diversifizierung – auf der Beschaffungs- genauso wie auf der Absatzseite – neu gegeneinander abgewogen werden.

Für die Politik bleibt die Sicherstellung verlässlicher

außenwirtschaftlicher Rahmenbedingungen ein wichtiges Handlungsfeld. Nach den handelspolitischen Konflikten der vergangenen Jahre muss zu einem stärker regelbasierten Handelssystem zurückgekehrt werden. In der Ausgestaltung der Handelsbeziehungen – insbesondere zu China und den USA – müssen auch strategische Interessen in den Blick genommen werden. Für das Auslandsgeschäft mittelständischer Unternehmen wird Europa von zentraler Bedeutung bleiben. Setzt das Zusammenrücken der Mitgliedsländer der Europäischen Union in der Ukraine-Krise auch in anderen Politikbereichen Impulse für eine bessere Zusammenarbeit – beispielsweise bei der Schaffung eines digitalen Binnenmarktes oder der weiteren Liberalisierung des Dienstleistungshandels – kann der Mittelstand davon profitieren.

Darüber hinaus bergen der Ukraine-Konflikt und die damit verbundenen Sanktionen gegen Russland bei allen Risiken auch die Chance, den Ausstieg aus den fossilen Energien zu beschleunigen. Dies erfordert verstärkte Investitionen unter anderem in Energieeffizienztechnologien. Für deutsche Unternehmen – die im Bereich der Umwelt- und Klimaschutztechnologien über eine gute Ausgangsposition verfügen – können sich dadurch neue Wachstumspotenziale ergeben.⁴¹ Die Politik kann durch das Setzen geeigneter Rahmenbedingungen sowie durch die Schaffung von Innovations- und Investitionsanreizen dazu beitragen, die technologischen Stärken deutscher Unternehmen weiter auszubauen – und die Investitionszurückhaltung infolge der gegenwärtig hohen Unsicherheit zu überwinden.

KfW-Mittelstandspanel

Das KfW-Mittelstandspanel wird seit dem Jahr 2003 als schriftliche Wiederholungsbefragung der kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland mit einem Umsatz von bis zu 500 Mio. EUR im Jahr durchgeführt.

Mit einer Datenbasis von bis zu 15.000 Unternehmen pro Jahr stellt das KfW-Mittelstandspanel die einzige repräsentative Erhebung im deutschen Mittelstand und damit die wichtigste Datenquelle für mittelstandsrelevante Fragestellungen dar. Durch die Repräsentativität für sämtliche mittelständische Unternehmen aller Größenklassen und Branchen in Deutschland bietet das KfW-Mittelstandspanel die Möglichkeit, Hochrechnungen auch für Kleinstunternehmen mit weniger als fünf Beschäftigten durchzuführen. In der aktuellen Welle haben sich 11.403 mittelständische Unternehmen beteiligt.

Auf Basis des KfW-Mittelstandspanels werden Analysen zur langfristigen strukturellen Entwicklung des Mittelstands durchgeführt. Das KfW-Mittelstandspanel liefert ein repräsentatives Abbild der gegenwärtigen Situation, der Bedürfnisse und der Pläne mittelständischer Unternehmen in Deutschland. Den Schwerpunkt bilden jährlich wiederkehrende Informationen zum Unternehmenserfolg, zur Investitionstätigkeit und zur Finanzierungsstruktur. Dieses Instrument bietet die einzigartige Möglichkeit, quantitative Kennziffern mittelständischer Unternehmen, wie Investitionsausgaben, Kreditnachfrage oder Eigenkapitalquoten zu bestimmen.

Zur Grundgesamtheit des KfW-Mittelstandspanels gehören alle mittelständischen Unternehmen in Deutschland. Hierzu zählen private Unternehmen sämtlicher Wirtschaftszweige, deren jährlicher Umsatz die Grenze von 500 Mio. EUR nicht übersteigt. Ausgeschlossen sind der öffentliche Sektor, Banken sowie Non-Profit Organisationen. Derzeit existiert keine amtliche Statistik, die die Anzahl mittelständischer Unternehmen und die Zahl ihrer Beschäftigten adäquat abbildet. Zur Bestimmung der Grundgesamtheit mittelständischer Unternehmen für das Jahr 2020 wie auch für die Grundgesamtheit der Beschäftigten in mittelständischen Unternehmen im Jahr 2020 wurden im Erhebungsjahr 2021 das Unternehmensregister sowie die Erwerbstätigenrechnung als Ausgangsbasis verwendet.

Die Stichprobe des KfW-Mittelstandspanels ist so konzipiert, dass repräsentative und verlässliche Aussagen generiert werden. Die Stichprobe wird dazu in vier Schichtgruppen unterteilt: Fördertyp, Branchenzugehörigkeit, Beschäftigtengrößenklasse, Region. Um von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit schließen zu können, werden die Befragungsergebnisse gewichtet bzw. hochgerechnet. Für die Bestimmung der Hochrechnungsfaktoren werden die vier zentralen Schichtungsmerkmale verwendet: Die Hochrechnungsfaktoren setzen dabei die Verteilung der Nettostichprobe (entsprechend den vier Schichtungsmerkmalen) ins Verhältnis zur Verteilung in der Grundgesamtheit. Insgesamt werden zwei Hochrechnungsfaktoren ermittelt: Ein ungebundener Faktor zur Hochrechnung qualitativer Größen auf die Anzahl mittelständischer Unternehmen in Deutschland und ein gebundener Faktor zur Hochrechnung quantitativer Größen auf die Anzahl der Beschäftigten in mittelständischen Unternehmen in Deutschland.

Durchgeführt wird die Befragung von der GfK SE, Bereich Financial Services, im Auftrag der KfW Bankengruppe. Wissenschaftlich beraten wurde das Projekt vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim. Der Befragungszeitraum der Hauptbefragung der 19. Welle des KfW-Mittelstandspanels lief vom 15.02.2021 bis zum 25.06.2021.

Sonderbefragungen KfW-Mittelstandspanel

Die Analysen zur Auswirkung von Lieferengpässen auf den Mittelstand basieren auf zwei Sonderbefragungen im Rahmen des KfW-Mittelstandspanels. Hierzu wurden durch die GfK SE, Bereich Financial Services, im Auftrag der KfW Bankengruppe, mittelständische Unternehmen repräsentativ zu den aktuellen Auswirkungen der Lieferengpässe online befragt (1.–10. September 2021 und 7.–14. März 2022).

Befragt wurden sämtliche Unternehmen, die bereits früher an einer Welle des KfW-Mittelstandspanels teilgenommen haben und zu denen eine valide E-Mail-Adresse bekannt ist. Insgesamt konnten Antworten von etwa 2.400 Unternehmen in der Erhebung im September 2021 und mehr als 2.200 Unternehmen in der Erhebung im März 2022 berücksichtigt werden. Aufgrund der Anbindung an den Grunddatensatz des KfW-Mittelstandspanels geben diese Ergebnisse ein repräsentatives Abbild der aktuellen Betroffenheit durch Lieferengpässe. Weiterführende Informationen finden Sie im Internet unter: www.kfw-mittelstandspanel.de

¹ Vgl. u. a. Wollmershäuser, T., Ederer, S., Fourné, F., Lay, M., Lehmann, R., Link, S., Möhrle, S., Šauer, R., Wohlrabe, K. und L. Zarges (2022): ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2022: Folgen des russisch-ukrainischen Krieges dämpfen deutsche Konjunktur, München; Ademmer, M., Jens Boysen-Hogrefe, J., Groll, D., Jannsen, N., Kooths, S., Meuchelböck, S. und N. Sonnenberg (2022): Erholung gefährdet – Preisdruck hoch, Kieler Konjunkturberichte Nr. 89, Kiel.

² Vgl. Flottau, J. (2022): Lufthansa plant 2022 mit 70 Prozent der Vorkrisen-Nachfrage, Süddeutsche Zeitung vom 03.01.2022.

³ Vgl. Clinnick, R. (2022): Ukraine invasion impacts Asia-Europe freight flows, International Railway Journal vom 25.03.2022.

⁴ Vgl. Demircan, O. (2022): Exporte von Öl, Getreide, Stahl – Das Schwarze Meer wird zum Nadelöhr für die Weltwirtschaft, Handelsblatt vom 02.03.2022.

⁵ Vgl. Schlautmann, C. und J. Koenen (2022): Gestörte Zugstrecken, Lkw-Engpässe, gesperrter Luftraum: Ukraine-Krieg bedroht deutsche Versorgungswege, Handelsblatt vom 28.02.2022.

⁶ Vgl. Destatis (2021): Außenhandel – Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland, Fachserie 7, Reihe 1, Wiesbaden.

⁷ Vgl. World Trade Organization (2021): World Trade Statistical Review 2021, Genf.

⁸ Vgl. Mendelson, B. (2021): Die größten Containerhäfen der Welt 2021, Handelsblatt vom 30.03.2021.

⁹ Vgl. Institut für Weltwirtschaft (2022): Kiel Trade Indicator: Gütermenge auf unbewegten Schiffen, Stand 19.04.2022.

¹⁰ Vgl. OECD (2022): Ocean shipping and shipbuilding, aufgerufen am 04.04.2022.

¹¹ In Deutschland beispielsweise lagen die Konsumausgaben privater Haushalte für Gastronomie und Beherbergung im Jahr 2020 35 % unter dem Vorjahresniveau, während die Ausgaben für Innenausstattung und Haushaltsgeräte um 13 % gestiegen sind. Vgl. Destatis (2022) Konsumausgaben privater Haushalte 2020 um knapp 3 % gesunken, Pressemitteilung Nr. 531 vom 22. November 2021, Wiesbaden.

¹² Vgl. hierzu unter anderem auch Treier, V. und C. Herweg (2022): Globale Lieferketten unter Druck, ifo Schnelldienst 1/2022, S. 8–11, München.

¹³ Nur gut 2 % aller Mittelständler erzielen Auslandsumsätze in China. Vgl. Abel-Koch, J. (2017): Die Welt ist kein Dorf - räumliche Nähe zu Exportmärkten für Mittelstand entscheidend, Fokus Volkswirtschaft Nr. 182, KfW Research.

¹⁴ Vgl. Abel-Koch, J. (2022): Der Ukraine-Konflikt birgt Risiken - auch für den deutschen Mittelstand, Volkswirtschaft Kompakt Nr. 220, KfW Research.

¹⁵ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2022): Aktualisierte Konjunkturprognose 2022 und 2023, Wiesbaden.

¹⁶ Vgl. Destatis (2022), Erzeugerpreise März 2022: +30,9 % gegenüber März 2021, Pressemitteilung Nr. 172 vom 20.04.2022, Wiesbaden.

¹⁷ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2022): a. a. O.

¹⁸ Vgl. ifo Institut (2022): Lieferprobleme im Einzelhandel wieder verstärkt, Pressemitteilung vom 01.03.2022, München.

¹⁹ Vgl. Abel-Koch, J. (2021): Lieferengpässe in der Breite des Mittelstands deutlich spürbar, Fokus Volkswirtschaft Nr. 351, KfW Research.

²⁰ Vgl. Destatis (2022): Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe im Januar 2022: -1,3 % zum Vormonat, Pressemitteilung Nr. 119 vom 18.03.2022, Wiesbaden.

²¹ So berichteten zuletzt 26 % der Dienstleistungsunternehmen und 25 % der Industrieunternehmen von Arbeitskräfteengpässen als produktionslimitierendem Faktor, vgl. Services Survey und Industry Survey der Europäischen Kommission.

²² Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2022): a. a. O.

²³ Vgl. VDA (2022): Unterstützung der Sanktionen - erhebliche Auswirkungen des Krieges, zugegriffen am 04.04.2022. Ein Ausweg ist die Verlagerung der Produktionsstätten der Zulieferer. Dies ist jedoch aufwändig und kostspielig und für die Zulieferer ohne Unterstützung durch ihre Abnehmer kaum zu bewältigen. Zudem sind behördliche Genehmigungen seitens der Ukraine erforderlich. Vgl. hierzu Fasse, M., Höpner, A., Hubik, F., Menzel, S. und A. Schütze (2022): Autohersteller helfen Zulieferern bei Verlagerung der Produktion, Handelsblatt vom 15.03.2022.

²⁴ Einschließlich Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels, vgl. Zahlungsbilanzstatistik der deutschen Bundesbank

²⁵ Vgl. Destatis (2022): 17,2 % weniger Auto-Exporte im 3. Quartal 2021 als im Vorjahresquartal, Pressemitteilung Nr. 540 vom 29. November 2021.

²⁶ Vgl. Destatis (2022), Index der Ausfuhrpreise, Stand 03.02.2022, Wiesbaden.

²⁷ Vgl. Destatis (2022): Importpreise im Dezember 2021: +24,0 % gegenüber Dezember 2020, Pressemitteilung Nr. 038 vom 28.01.2022, Wiesbaden.

²⁸ Vgl. Destatis (2022): Exporte im Dezember 2021: +0,9 % zum November 2021, Pressemitteilung Nr. 052 vom 09.02.2022, Wiesbaden.

²⁹ Vgl. Einschließlich Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels, vgl. Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank.

³⁰ Vgl. Abel-Koch, J. (2021): KfW-Internationalisierungsbericht 2021 – Corona-Krise lässt das Auslandsgeschäft des Mittelstands einbrechen, KfW Research.

³¹ Vgl. Abel-Koch, J. (2020) KfW-Internationalisierungsbericht 2020 - Außenhandel im Mittelstand – wirtschaftliche Auswirkungen der Corona-Krise stellen Sorge um Handelskonflikte in den Schatten, KfW Research.

³² Vgl. Destatis (2022): Deutsche Auto-Exporte im Jahr 2021 unter Vorkrisenniveau, Pressemitteilung Nr. N 009 vom 24.02.2022, Wiesbaden.

³³ Vgl. Schwartz, M. (2021): KfW-Mittelstandspanel 2021 – Mittelstand beweist Anpassungsfähigkeit in der Corona-Krise – Fundament der Kleinen allerdings mit sichtbaren Rissen, KfW Research.

³⁴ Vgl. ibi research (2019): Internationaler E-Commerce – Chancen und Herausforderungen aus Händlersicht, Regensburg.

³⁵ Vgl. u.a. ibi research (2020): Internationaler Online-Handel: Erfolgsfaktoren bei der Erschließung internationaler Märkte, Regensburg; European Commission (2019): Development of Cross-border E-commerce through Parcel Delivery, Brüssel.

³⁶ Vgl. Abel-Koch, J. (2021): a. a. O.

³⁷ Vgl. Scheuermeyer, P. (2022) KfW-ifo-Mittelstandsbarometer März 2022 – Angriff auf die Ukraine lässt Geschäftserwartungen abstürzen, KfW Research.

³⁸ Vgl. Institut für Weltwirtschaft (2022): Kiel Trade Indicator, Stand 06.04.2022.

³⁹ Vgl. Institut für Weltwirtschaft (2022): a. a. O.

⁴⁰ Vgl. Felbermayr, G, Mahlkow, H. und A. Sandkamp (2022): Cutting through the Value Chain: The Long-Run Effects of Decoupling the East from the West, Kiel Working Paper No. 2210, Kiel.

⁴¹ Vgl. Prognos (2021): Globalisierung in der Krise – Die deutschen Unternehmen brauchen neue Wachstumsstrategien, Basel sowie Abel-Koch, J. und K. Ullrich (2021): Geringe Globalisierungsdynamik erfordert Anpassung der Wachstumsstrategien deutscher Unternehmen, Fokus Volkswirtschaft Nr. 349, KfW Research.